

II-1858 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIPL.-ING. DR. FRANZ FISCHLER
BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN, 1991 05 08
1012, Stubenring 1

Zl.10.930/30-IA10/91

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR

Wabl, Freunde und Freundinnen Nr.700/J vom
14.März 1991 betreffend Förderungsmittel für
die "Österreichische Volkshilfe"

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer
Parlament
1017 W i e n

701 IAB
1991 -05- 10
zu 700 IJ

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Wabl, Freunde und Freundinnen Nr.700/J vom 14.März 1991 betreffend Förderungsmittel für die "Österreichische Volkshilfe", beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Initiative für die Abwicklung einer Nahrungsmittelhilfe an Flüchtlinge in Algerien durch die Volkshilfe ist nicht, wie in Ihrer Anfrage behauptet, vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausgegangen. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wurde nur über Ersuchen des entscheidungsberechtigten Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten tätig.

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft war nicht bekannt, ob die Volkshilfe Vergleichsangebote eingeholt hat oder nicht.

- 2 -

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wurde durch die Volkshilfe am 2. August 1990 ein Betrag von S 20.051,86 für Zinsen aus dem Projekt 1985 sowie ein Betrag von S 17.960,41 für Zinsen aus dem Projekt 1987 überwiesen.

Zu Frage 2:

Vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurde 1987 vorgeschlagen, die Lieferung von 1500 t Weizenäquivalent über die Volkshilfe durchzuführen. Seitens der Volkshilfe wurde dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit Schreiben vom 25. April 1988 mitgeteilt, daß sich eine Veränderung bei der Reislieferung ergab, da kurzfristig eine ähnliche Qualität zu günstigeren Konditionen angeboten wurde (Schilling 4.720,-/t statt 6.080,-/t). Das ergab bei einer Lieferung von 160 t ein Ersparnis von 217.600 S. Seitens der Volkshilfe wurde gebeten, diesen Betrag für den Ankauf von weiteren 50 t Reis zu verwenden. Diesem Vorschlag wurde im Hinblick auf die Linderung der Not der Westsaharaflüchtlinge zugestimmt.

Zu Frage 3:

Von der Volkshilfe wurde dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine Transportkostenbeteiligung Algir-Dinduf und die Transportversicherung, abgeschlossen bei der Wiener Städtischen Versicherung, vorgelegt. Sämtliche vorgelegten Belege wurden von der Buchhaltung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft überprüft. Das Ergebnis der Überprüfung wurde der Volkshilfe mitgeteilt.

Zu Frage 4:

Das von Ihnen zitierte Gutachten ist nicht bekannt.

- 3 -

Soweit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bekannt ist, laufen derzeit Untersuchungen durch die Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit, welchen ich nicht vorgreifen kann. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat zum Gegenstand bereits Sachverhaltsdarstellungen der Wirtschaftspolizei übermittelt.

Zu Frage 5:

Von Gutachten bzw. Initiativen von Beamten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist mir nichts bekannt.

Zu Frage 6:

Diesbezüglich darf ich auf die Ausführungen meiner Antwort zu Ihrer parlamentarischen Anfrage Nr.453/J vom 8.Februar 1991 betreffend Rechnungshofbericht "Volkshilfe" verweisen. Ich habe damals ausdrücklich erklärt, daß das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen 1986 durch den Nationalrat mit Bundesgesetz vom 9. Dezember 1987, BGBl.Nr. 583/1987 genehmigt wurde. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft stellt die zur Vollziehung dieses Bundesgesetzes erforderlichen Budgetmittel bereit und wird diese Mittel auch weiterhin zur Verfügung stellen.

Ich habe weiters festgestellt, daß die Abwicklung der Lieferung im Rahmen des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens für das Jahr 1991 über das FAO-UN-Welternährungsprogramm erfolgt. Die Einschaltung der Volkshilfe in die Abwicklung dieser Programme ist nicht geplant.

Der Bundesminister:

